

Nach Frankfurter Bahnhof-Mord Horst Seehofer droht uns mit h

Deutschland nimmt die Schweiz ins Visier

SERMİN FAKI, PASCAL TISCHHAUSER, JOHANNES HILLIG

Der Tod des Buben (†8), der letzten Montag im Frankfurter Hauptbahnhof ums Leben kam, bewegt Deutschland. Dass der Täter, Habte A.* (40), aus der Schweiz kommt, ruft nun auch den deutschen Innenminister Horst Seehofer (70) auf den Plan. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» kündigt der CSU-Politiker an, die Grenzkontrollen zur Schweiz zu verstärken. «Ich werde alles in die Wege leiten, um intelligente Kontrollen an der Grenze vorzunehmen», so Seehofer.

Ein konkretes Konzept will Seehofer im September vorstellen. Klar ist nur, dass er den unkontrollierten Einreisen – 2018 waren es in ganz Deutschland 43 000 – einen Riegel schieben will. Als konkrete Massnahmen schlägt der deutsche Innenminister «eine erweiterte Schleierfahndung und anlassbezogene, zeitlich befristete Kontrollen



So berichtete BLICK gestern

auch unmittelbar an der Grenze» vor – «auch an der Grenze zur Schweiz».

In der Schweiz reagiert man empört. «Wenn die Schweiz jetzt verantwortlich sein soll für die innerdeutsche Sicherheit, verdreht Herr Seehofer die Realität», sagt etwa SVP-Migrationspolitiker Heinz Brand (63).

Das, obwohl die SVP seit Jahren selbst strengere Grenzkontrollen fordert. Brand erinnert an Anis Amri (28), den Weihnachtsmarkt-Attentäter von Berlin, der vor seiner Bluttat 2016 durch halb Europa gereist war. «Im Fall Habte A. aber hätten strengere Grenzkontrollen wohl nichts genützt», so der Bündner Nationalrat.



FDP-Ständerat Andrea Caroni

SVP-Nationalrat Heinz Brand

CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter

Als Peitschen-Peer mit der Kavallerie drohte

Zehn Jahre ist es her, dass ein Deutscher das Schweizer Blut zum Kochen brachte: Nachdem die Schweiz ihr Bankgeheimnis aufgegeben hatte, spottete der damalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück (72) 2009 ganz unverhohlen: «Man muss die Kavallerie nicht immer ausreiten lassen. Die Indianer müssen nur wissen, dass es die Kavallerie gibt.» Er spielte darauf an, dass man der Eidgenossenschaft mit einer schwarzen Liste der Steuer-oasen gedroht hatte – und die Schweiz daraufhin eingeknickt war.

Am hässlichen Steuerstreit, der das Verhältnis der Nachbarn schwer belastete, war Steinbrück selbst nicht ganz unschuldig: Als Finanzminister des grössten deutschen Bundeslands Nordrhein-Westfalen hatte er in den Jahren 2006 und 2007 gestohlene Bankdaten aus der Schweiz aufkaufen lassen. Und machte

auch mit diesen Druck auf die Eidgenossenschaft.

Für seine Verbalattacke erntete Steinbrück einen Aufschrei der Empörung und löste heftige anti-deutsche Gefühle aus. Wie einige Monate zuvor, als er der Schweiz im gleichen Konflikt um deutsche Schwarzgelder auf Schweizer Banken «Zuckerbrot und Peitsche» angekündigt.

Das hatte gar diplomatische Konsequenzen: Die damalige Schweizer Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (74) bestellte den deutschen Botschafter ein und verbarg ihre Wut keine Sekunde lang hinter diplomatischen Floskeln: Sie sei «überrascht, befremdet und vor allem enttäuscht über diesen Tonfall». SERMİN FAKI



Der ehemalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück attackierte verbal wiederholt die Schweiz.

Der Eritreer besitzt eine Niederlassungsbewilligung – und kann sich frei im gesamten Schengen-Raum bewegen. Seehofer zündelt also einmal mehr und nutzt den tragischen Tod für einen politischen Wunschtraum, den er schon lange hegt: mehr Grenzsicherung. Im Wissen, dass es wohl wenig bringen würde.

«Das ist reine Symbolpolitik von Herrn Seehofer», sagt auch Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (55, CVP). In die gleiche Kerbe haut FDP-Nationalrat Kurt Fluri (63). «Das ist eher ein innenpolitisches Signal – ohne tatsächliche Auswirkungen», so der Solothurner Freisinnige.

Auch SP-Nationalrat Martin Naef (48) weist darauf hin, dass Seehofers Pläne keine Änderung der Grenzsicherung bringen würden. So gehöre die Schleierfahndung schon heute zum Alltag – in der Schweiz wie in Deutschland, und zwar genau zum Zweck, grenzüberschreitende Kriminalität zu verhindern. Dennoch sagt er: «Ich habe Verständnis dafür, dass Horst Seehofer als Reaktion auf diese schlimme Tat die Schleierfahndung verbessern will.» Noch weiter geht der Ausserrhoder Ständerat An-



drea Caroni (39): Er begrüsst, dass Seehofer «die deutschen Ressourcen für den Grenzschutz effizienter einsetzen will». Der FDP-Politiker dreht den Spieß sogar um: «Ich freue mich über jede Festnahme eines Verbrechers. Das erhöht auch die Sicherheit in der Schweiz.»

Allerdings: Seehofer kann all die angekündigten Massnahmen schon jetzt ohne grosse Gesetzesanpassungen einleiten. Und an der schweizerisch-deutschen Grenze sind sie bereits Realität. «Wir führen täglich gemeinsame Kontrollen und



Auf «Spiegel Online» konnten die Leser abstimmen, ob sie für schärfere Grenzkontrollen sind.

grenzüberschreitende Einsätze durch, haben zwei gemeinsame operative Dienststellen in Basel und Konstanz/Kreuzlingen», sagt David Marquis von der Eid-

genössischen Zollverwaltung zur Zusammenarbeit der Schweizer Grenzwachter und der deutschen Bundespolizei. Die noch vagen Kontrollideen von Seehofer will Marquis nicht kommentieren.

Bleibt die Frage der Umgangsformen. Seehofers Angriff ist nicht der erste Affront gegen die Schweiz. Schon vor ihm arbeiteten sich deutsche Politiker an der Eidgenossenschaft ab. Die Reaktionen sind jeweils geharnischt. Die Seehofer-Verbalattacke aber kommt zu einem heiklen Zeit-

Der deutsche Innenminister Horst Seehofer fällt immer wie

Der Alleingänger

Fast schon vergnügt hatte sich Horst Seehofer (70) in die Sommerferien verabschiedet. Dem rechten Terror hatte der Innenminister auf seiner letzten Pressekonzferenz verstärkt den Kampf angesagt. Aktuelle Krisen waren nicht in Sicht – bis zum Mittag des vergangenen Montags.

Da stiess der Eritreer Habte A.* auf dem Frankfurter Hauptbahnhof einen achtjährigen Jungen und seine Mutter vor einen einfahrenden Zug.

Die monströse Tat traf die Deutschen in Zeiten wachsender Verunsicherung – und wachsender Gewaltbereitschaft auf Seiten der Rechtspopulisten und Neonazis.

In den vergangenen Monaten hatte es schon mehrere Angriffe durch Ausländer auf Reisende gegeben. Anfang Juni wurde in Kassel der Christdemokratische Politiker Walter Lübcke von einem deutschen Rechtsextremisten erschossen. In Düsseldorf hatten Dutzende junger Männer aus Nordafrika in einem Freibad randaliert.

Jetzt hat der Tod eines Achtjährigen endgültig bewiesen, dass Einzeltäter kaum aufzuhal-

ten sind. Absolute Sicherheit gibt es nicht. Zur falschen Zeit am falschen Ort: Jeder kann Opfer werden.

Für Experten ist das nichts Neues. Für Innen- und Heimat-schutzminister Seehofer aber ist der Mord an Gleis 7 der politische Super-GAU.

Denn wenn ein deutscher Politiker in den letzten Jahren bemüht war, sich in Zeiten grosser Migration als Sicherheitsgarant zu profilieren, dann war es Horst Seehofer. Jetzt muss der Minister zugeben: Er kann seine Versprechungen nicht halten.

Jahrelang versuchte der Bayer, mit fremdenfeindlicher Rhetorik das Erstarken der rechtspopulistischen AfD zu verhindern. Immer wieder brachte er mit Alleingängen in der Migrationspolitik die Koalitionsregierung von Kanzlerin Angela Merkel an den Rand des Scheiterns. Konkrete Ergebnisse geschweige denn messbare Erfolge seiner Politik gab es für Horst Seeho-

fer – wenn überhaupt – äusserst selten.

Und so gleicht Seehofers Politik auch nach dem Frankfurter Mord eher ziellosem Aktionismus als einem durchdachten Plan. Etwa wenn er – an Merkel vorbei – für Deutschlands Bahnhöfe Milliardeninvestitionen fordert: «Für die Sicherheit der Menschen darf Geld keine Rolle spielen.»

Oder seine Idee der «erweiterten Schleierfahndung». Mit der sollten illegale Einreisen schon verhindert werden. 43 000 Mal hat das 2018 Jahr nicht funktioniert. Hintervorgehaltener Hand sprechen Polizisten von einem für die Öffentlichkeit gedachten Placeboeffekt: «Sichtbar, aber ohne Wirkung.»

Auch im Fall des Bahnhofs-mörders Habte A. hätte Seehofers Wunderwaffe wohl versagt. Der im Schengenland Schweiz anerkannte Flüchtling mit besten Integrationszeugnissen hätte am Donnerstag vor einer Woche an der Einreise ins